

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleiste oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleiste 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldhändler und alle Postanstalten entgegen.

### Die Eisenbahnerbewegung. Ausruf des Sechzehner-Ausschusses.

Berlin, 17. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Sechzehner-Ausschuss erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Ausruf: Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichstanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das in der Presse veröffentlichte Ergebnis erzielt. Das Resultat ist zustande gekommen unter Einwirkung der Vertreter der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges. Der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes wird jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen haben den Sechzehner-Ausschuss ersucht, trotz der in verschiedenen Beziehungen nicht zureichenden Mitteilungen seine Bedenken zu zerstreuen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehner-Ausschuss zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsvorstände abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks oder dergleichen hinreißen zu lassen. Die Vertreter der deutschen Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

Berlin, 17. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Meldung, daß die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ihre Vertreter aus dem Sechzehner-Ausschuss zurückgezogen habe, ist dahin richtigzustellen, daß diese in den Personen ihrer drei Vertreter auf Wunsch derselben einen Wechsel vollzogen hat. Sie sind also nicht von den Verhandlungen selber zurückgezogen, sondern ihre bisherigen Vertreter haben sich durch die ersten Verhandlungen mit der Regierung gebunden gefühlt und wollten ihrer Gewerkschaft freie Hand lassen.

### Eisenbahnarbeiterdemonstration in Berlin.

Da die Groß-Berliner Eisenbahnerorganisationen erst in letzter Stunde ihre Mitglieder benachrichtigten, daß die für gestern angelegte Kundgebung wegen der Einigung mit der Regierung nicht stattfindet, hatten sich in vier Versammlungsorten etwa 6000 Personen, zum größten Teil Arbeiter der Berliner Eisenbahn-Reparaturwerkstätten, eingefunden, um gegen die Abmachung zu protestieren. Nach Schluß der Versammlungen bildeten sich Demonstrationzüge.

### Ein Appell der deutschen Bergarbeiter an die Bergarbeiter-Internationale.

Berlin, 15. Januar. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die am 15. Januar 1921 in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands macht die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien, sowie die Leiter der allgemeinen Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam) dringend darauf aufmerksam, daß nach dem Ablauf des Abkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von uns eine noch höhere Vorkaufsgarantie gefordert wird, und daß außerdem die 5-Goldmarkprämie nicht mehr gezahlt werden soll. Dagegen müssen wir entschieden Protest erheben. Der Kohlenmangel in Deutschland ist jetzt weit größer als in anderen großen Industrieländern. Die Erfüllung des Spa-Abkommens ist nur möglich gewesen durch eine ausgebreitete Uebererschichtarbeit der deutschen Bergarbeiter. Diese arbeiten heute mehr Stunden wöchentlich, als nach dem Beschluß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zulässig ist. Der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter verlangt gebieterisch einen Abbau der Uebererschichten, während von uns noch höhere Kohlenlieferungen gefordert werden. Der Fortfall der 5-Goldmarkprämie, mit der eine Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter bezahlt wird, würde ihren Ernährungszustand derart verschlechtern, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit eintreten würde. Dagegen müssen wir die Spa-Kohlen zu Preisen liefern, die tief unter den Weltmarktpreisen liegen. Dadurch entständen der deutschen Volkswirtschaft schon Milliardenverluste. Wir bitten die Kameraden in der Bergarbeiter- und in der großen Gewerkschaftsinternationale, uns energisch zu unterstützen in unserem Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu kommen, das die deutsche Bergarbeiterschaft nicht noch stärker belastet, sondern in humaner Weise entlastet und der deutschen Volkswirtschaft die Lebensmöglichkeit gibt.

### Blutiger Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten in Berlin.

Die KAPD. hatte ihre Anhänger aufgefordert, zum Andenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Sonnabend, dem 15. d. M., nachmittags die Arbeit einzustellen und im Lustgarten eine Demonstration zu veranstalten. Die Demonstration selbst verlief unter nicht sehr starker Beteiligung verhältnismäßig ruhig — vom üblichen Redebuell zwischen KAPD. und KPD-Mitgliedern abgesehen —, hingegen kam es nach Beendigung der Demonstration zu einem Zusammenstoß zwischen einem kleinen Demonstrationstrupp von 300—400 Mann — angeblich Anhänger der KAPD. —, die entgegen den Weisungen der Ordner einen geschlossenen Abmarsch durch die Bannmeile versuchten, und der Polizei, die die Bannmeile abgesperrt hielt. Dabei konnte die Polizei es sich nicht versagen, gegen das unbewaffnete Häuflein der Demonstranten von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wobei fünf Personen mehr oder minder erhebliche Verletzungen erlitten.

Der Polizeipräsident Richter hat sofort eine genaue Untersuchung des Vorfalles angeordnet, durch die hoffentlich festgestellt werden wird, wer den Feuerbefehl gegeben und das Blutvergießen verschuldet hat. Schon jetzt aber können wir den Hauptschuldigen feststellen und brandmarken: Es ist der unselige, noch immer nicht erstorbene preussisch-deutsche militaristische Geist, der friedliche Demonstranten durch militärisch ausgerüstete Polizeitruppen, die schon durch ihre höchst überflüssige Anwesenheit provozierend wirken, zu Unbesonnenheiten, aufreizt. Gewiß war es die Pflicht der Polizei, in Befolgung des unfehligen Gelehes über die Bannmeile den Platz um das Parlament, das nicht einmalt agte, abzusperrn. Aber überflüssig war ihre Ausrüstung mit Schusswaffen und unverantwortlich das brutale Vorgehen gegen unbewaffnete Demonstranten.

### Der amtliche Bericht über den Zusammenstoß.

Amlich wird über die Zusammenhänge folgender Bericht ausgegeben: Im Anschluß an die heutigen Kundgebungen im Lustgarten zum Gedächtnis von Liebknecht und Rosa Luxemburg bewegte sich auf die Aufforderungen eines Redners, den Bannkreis zu durchbrechen, ein starker Demonstrationstrupp vom Lustgarten über die Linden in Richtung des Brandenburger Tors. Teile der Demonstranten eilten auf den Bürgersteigen einzeln dem Zuge voraus und konnten so an der Charlotterstraße passieren. Als der Zug sich dieser Sperre näherte, wurde er von dem befehlgebenden Beamten der Schutzpolizei aufgefordert, sich aufzulösen oder abzugeben. Statt dessen liefen die Teilnehmer des Zuges über den Beamten her und trennten ihn von den übrigen Beamten. In diesem Augenblick drehten die einzeln durchgekommenen Demonstranten sich um und fielen geschlossen den Beamten in den Rücken, gegen die von vorn der Zug andrängte; von zwei Seiten eingeleitet, konnten die schwachen Polizeierlen die Menge nicht mehr aufhalten. Der Zug konnte auf diese Weise in den Bannkreis bis in Höhe der Wilhelmstraße gelangen. Als er Miene machte, auch die dortige Polizeifilze zu überrennen, wurde von der Schutzpolizei mit dem Ersolge Gebrauch gemacht, daß der Zug sich sofort aufstellte. Auf Lastkraftwagen eingetroffene Verstärkungen räumten darauf sofort, ohne weiteren Widerstand zu finden, die Linden und den Berliner Platz. Ob Personen durch die Schüsse verletzt worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Lebensfalls aber können etwaige Verletzungen nicht zahlreich sein, da nur wenige Schüsse abgegeben wurden. Dem ganzen Vorfalle eine besondere Bedeutung beimessen, liegt kein Anlaß vor. Der Polizeipräsident hat eine genaue Untersuchung sofort angeordnet.

Ueber die Gemütsroheit der amtlichen Stelle, die der Verletzung von Menschen — es sind ja bloß Kommunisten! — keine besondere Bedeutung beimißt, ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber auch sachlich gibt die amtliche Darstellung den Verlauf des blutigen Vorfalles nicht ganz richtig wieder. Nach der übereinstimmenden Meldung der Berliner Presse und auch nach einer persönlichen Darstellung des Polizeipräsidenten handelte es sich nur um eine kleine Zahl von Demonstranten, die die Polizeifilze zu durchbrechen versuchten, und von einem Ueberfall auf den Polizeibeamten wissen die andern Berichte nichts zu melden.

### Zusammenstöße auch in Königsberg und Hamburg.

Königsberg, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zu tumultuarien Ausbrüchen kam es heute abend in der Nähe des Gewerkschaftshauses im Anschluß an eine Kommunistenversammlung zur Feier des Gedenktages für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Nach Schluß der Versammlung zogen annähernd 3000 Menschen auf die Straße. Da sie den Anordnungen der Sicherheitspolizei, auseinanderzugehen, nicht Folge leisteten, die Beamten vielmehr mit Säcken und Schlagringen angriffen, sah sich die Polizei gezwungen, bis an 1 zu gehen. Nach einiger Zeit war die Straße geläubert. Ob und wieviel Personen verletzt wurden, steht noch nicht fest. Vor einigen Tagen war es bereits zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer radikalultrainten Menge gekommen, die den Oberwachmeister mißhandelt hatte. Durch die Energie der Sicherheitspolizei wurden weitere Ausschreitungen verhindert.

Hamburg, 15. Januar. Bei den Versammlungen auf dem Heiligen-Geist-Felde ist es zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht gekommen. Einige hundert Demonstranten, die in den Bannkreis eindringen wollten, wurden daran verhindert. Zwei geordnete Demonstrationzüge wurden gestreut, die KAPD. führt fortgenommen.

### Zeitgemäße Strömungen in der Beamtenbewegung.

M. M. In der deutschen Beamenschaft gärt es. Es sind Vorgänge wahrzunehmen, die weit über den Kreis der unmittelbar davon Betroffenen hinaus an Bedeutung gewinnen. Täuschen die Anzeichen nicht, dann wird sich auch in der Beamtenbewegung jene reinliche Scheidung der Geister vollziehen, die in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung längst vollzogen ist und die sich in der Angestelltenbewegung während und nach dem Kriege durchsetzte und zum Teil noch heute durchsetzt. Genau so, wie die Bewegung der Angestellten sich vielfach unter anderen Bedingungen und Gesichtspunkten vollzieht, als die der Arbeiter, so sind auch bei der Beamtenbewegung andere Momente ausschlaggebend als bei der Angestelltenbewegung.

Die Arbeiterschaft ist durch die in Betracht kommenden Massen die schlagkräftigste Gruppe, von der insobalden auch die Hauptaktionen ausgehen. Es hat sich aber im Laufe der letzten Jahre immer deutlicher gezeigt, und auch die Verhältnisse in Rußland haben das gelehrt, daß die Arbeiterschaft bei der Erringung großer Ziele (Mitbestimmung im Produktionsprozeß, Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige usw.) im Kampfe gegen das Kapital die Angestelltenbewegung als die bereits mit wesentlichen Gebieten der Betriebsführung vertraute Arbeitnehmerschicht dringend braucht. Und je mehr sich die nun von Arbeitern und Angestellten solidarisch geführten wirtschaftlichen Kämpfe der Entscheidung nähern, um so brennender wird auch die Frage der Stellung der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitnehmergruppe, der Beamten in Reich, Staat und Gemeinde dazu.

Das ist der Grund, weshalb wir uns hier auch mit der Beamtenbewegung beschäftigen. Wir wollen das Verständnis der Arbeiter und Angestellten für die Vorgänge in jener Gruppe wecken, so daß sie auch diese Bewegung verstehen und würdigen lernen.

Der Hauptanstoß für die jetzigen umgestaltenden Vorgänge in Beamtenum dürften genau so, wie das für die Arbeiter- und Angestelltenbewegung zutrifft, die Kriegsverhältnisse gegeben haben. Schlechte Ernährung, Entbehrungen überall infolge miserabler Bezahlung, insbesondere bei den unteren und mittleren Beamten dazu die Schühengrabengefahr, haben den Umchwung im Sinne des Fortschritts gebracht, auch wenn das zunächst nicht in Erscheinung trat. Die Tatsache, daß infolge der Finanznot eine Besserung der Wirtschaftslage der Beamten nicht erfolgt ist, bringt jetzt endlich dieses Ergebnis an die Oberfläche.

Wenn trotzdem nicht die Anpassung an die Tendenzen der Angestelltenbewegung erfolgt, so liegt das im wesentlichen in der andersartigen Entwicklung der Beamtenbewegung begründet, genau so, wie wir die tatsächlichen Differenzen zwischen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung auf die verschiedene Entwicklung dieser Gruppen zurückzuführen haben. Bei den Beamten kommt noch die besondere Stellung in Reich, Staat und Gemeinde hinzu, die in allen wirtschaftlichen Kämpfen in letzter Minute das Appellieren an die Parlamente als Entscheidungsinstanzen ermöglicht. Ferner wirkt natürlich die Tendenz der Tätigkeit der Beamtenverbände im Kriege und später auf die jetzigen Vorgänge hemmend ein. Diese Tendenz lief damals sowohl als auch während der Revolution auf die Erhaltung der Maschinerie des bestehenden (kapitalistischen) Staatswesens hinaus. Es darf hier darauf hingewiesen werden, daß es selbst in der Arbeiterschaft, und nicht zuletzt in den revolutionären Kreisen, als bitter empfunden wird, wenn infolge von Aktionen der Beamtenbewegung Störungen in den öffentlichen Betrieben eintreten, soweit sie nicht zeitlich mit allgemeinen politischen oder wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterschaft zusammenfallen.

Der Verlauf der Revolution ist aber schließlich auch an der Beamtenbewegung nicht spurlos vorübergegangen. Die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes ist es besonders, die die Beamten in neue Bahnen treibt. Die Behörden können, weil der Krieg die öffentlichen Kassen elend ausgeplündert hat, ihren Beamten nicht mehr eine so gesicherte Existenz bieten, wie das früher der Fall gewesen ist. Die Beamten müssen in ihrer großen Masse genau so Not leiden, wie die Arbeiter und Angestellten. Auch ihre Proletarisierung hat sich nicht aufhalten lassen, ihre wirtschaftliche Stellung wird immer deutlicher als die des reinen Lohnarbeiters gekennzeichnet.

Der erste große Kampf der Beamten ist ein Kampf um rein materielle Ziele, um die Befolungsreform geworden. Da aber durch die Umgestaltung der bisherigen Befolung und besonders durch die Umgestaltung des alten Obrigkeitsstaates zum sogenannten Volksstaat auch die Frage des Beamtenrechts reif geworden ist, muß dann der Kampf entbrennen. Und dabei wird sich zeigen, daß ein modernes Beamtenrecht in seinen Tendenzen vielfach einseitlich oder doch sehr verwandt mit dem geforderten modernen Arbeitsrecht für die Arbeiter und Angestellten sein wird.

Wichtig ist für uns, daß alle derzeitigen Kämpfe grundsätzliche